

Der Weltrat der Kirchen (WCC) , Mai 2006

Der WCC ist ein Zusammenschluss von 347 Kirchen aller Denominationen in mehr als 120 Ländern aller Kontinente .

Statement des Exekutive-Komitee zu Israel-Palästina

Die Zeit ist reif, um zu tun, was richtig ist.

Nachdem die verantwortlichen Mächte und Regierungen wenig Aussicht auf eine lebensfähige Zukunft für Israelis und Palästinenser liefern, rund um die Welt die Sorge über den Lauf der Geschehnisse dieses Konfliktes wächst - trotz verschiedener Friedenspläne und zahlreicher unerfüllter UN-Resolutionen – kommt das Exekutivkomitee des Weltrates der Kirchen, dass sich vom 16.-19. Mai 2006 in Genf traf, zu einem nüchternen Beschluss:

Der Frieden muss bald kommen

oder er wird lange Zeit für keines der beiden Völker kommen.

Die Nichtbefolgung des Völkerrechts und die daraus folgenden Konsequenzen haben die Situation vor Ort an einen Punkt gebracht, wo es kein Zurück mehr gibt. Die Ungleichheit ist erschreckend. Die eine Seite bringt sich selbst in die Position, einseitig die endgültigen Grenzen auf einem Gebiet festzulegen, das der anderen Seite gehört. Diese andere Seite wird zunehmend auf die zerstreuten Enklaven eingegrenzt, die übrig bleiben. Die eine Seite kontrolliert immer mehr das Land und das Wasser - auf der andern Seite werden immer mehr Familien ihres Landes und ihres Lebensunterhaltes beraubt. Von der einen Seite werden so viel wie möglich an Menschen auf besetztem Gebiet angesiedelt – auf der andern Seite steigt die Zahl der Flüchtlinge ohne Haus und Land. Die eine Seite kontrolliert Jerusalem, eine Stadt, die von zwei Völkern und drei Religionen geteilt wird – und die andere Seite, Muslime und Christen, beobachten, wie ihre demographische, kommerzielle und religiöse Präsenz in Jerusalem schwindet. Von beiden Seiten schlagen militärische Kräfte oder bewaffnete Gruppen über die Grenze von 1967 und töten unschuldige Zivilisten. Auf beiden Seiten ermutigen die Behörden solche Attacken.

Schließlich wird die Seite, die sich daran machte, ihre ungesetzlichen Vorteile zu halten, von der internationalen Gemeinschaft unterstützt. Die andere Seite, die verzweifelt über diese ungesetzlichen Vorteile, (Korruption) ist, wandte legitime Wahlen an, um neue Führer zu wählen. Sie wird nun dafür isoliert und (kollektiv) bestraft.

Alle Parteien dieses Konfliktes und die damit verwickelten ausländischen Mächte sehen sich einer wegen dieses Konfliktes gefährlich geteilten Welt gegenüber - einer Welt, die zunehmend davon überzeugt ist, dass das Ziel des Friedens für alle von der einen Seite für Vorteile weggehandelt wurde. In diesem kritischen Augenblick könnte der Beitrag der Kirchen der sein, vom ethischen Standpunkt aus zu sprechen. Die oben genannten und ähnliche Aktionen können weder moralisch, rechtlich noch politisch gerechtfertigt werden.

Im langen Bürgerrechtskampf der USA schrieb Dr. Martin Luther King:

„Zeit kann zerstörerisch oder aufbauend benützt werden. Immer mehr fühle ich, dass die Leute mit bösem Willen die Zeit effektiver genützt haben als die Leute mit gutem Willen. Wir werden in dieser Generation nicht nur die hasserfüllten Worte und Aktionen der bösen Leute zu bereuen haben, sondern auch das erschreckende Schweigen der Guten. Wir müssen die Zeit kreativ nutzen - mit dem Wissen, dass die Zeit immer dazu reif ist, das Richtige zu tun“.

(Brief aus dem Gefängnis in Birmingham, 1965)

Dieselbe harte Diagnose gilt auch dem Kampf für einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern. Straflosigkeit gegenüber dem Völkerrecht, gegenüber der Charta der UN, gegenüber den UN-Sicherheitsresolutionen und dem Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag haben seit langem die Aktionen vor Ort charakterisiert. Nun wird dasselbe Phänomen gegenüber diesem Konflikt auch in der internationalen Politik deutlich. Rechtsnormen, die so schwer auf der territorialen Integrität dieses Konfliktes lasten, die friedliche Lösung des

Konfliktes, das Recht der Selbstbestimmung und das Recht der Selbstverteidigung u.a. sind weitgehend ignoriert worden.

Aufrufe zur Erfüllung dieser Normen liegen seit sechs Jahrzehnten Kirchenpolitik gegenüber diesem Konflikt vor: WCC-Statements zur Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten und Israels Annexion von palästinensischem Land (2004). Die ökumenische Antwort auf den israelisch-palästinensischen Konflikt (2002 und 2001); Verhandlungen über den Endstatus von Jerusalem (2000); Der Status von Jerusalem (1998); Der Nahe Osten (1993, 1983, 1974, 1996 und 1967) Jerusalem (1980, 1975 und 1974); Das Entstehen Israels als Staat (1948); ein Thema fehlt noch: Was wir für beide Völker, das palästinensische und das jüdische Volk wünschen, ist gleiche Gerechtigkeit (WCC Exekutiv Komitee, Bad Saarow, 1974) - aber das Völkerrecht hat sich nicht überzeugend genug um das kollektiv Gute bemüht.

Vor kurzem hat der WCC das Nahost-Quartett aufgefordert, der neuen palästinensischen Behörde (Hamas) Zeit zu geben, um ihre Politik zu entwickeln und darzustellen. Der WCC rief auch die Mitglieder des Quartetts dazu auf, sich unparteiisch mit dem Konflikt zu befassen und die entschlossene und objektive 3. Partei zu sein, die notwendig ist, um die israelische Regierung und die palästinensische Behörde zu Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe zu bringen.

Die Anerkennung für bestehende Abkommen wird von beiden Seiten gefordert.. Demokratie muss geschützt werden, wo sie beginnt, Wurzeln zu fassen. Normale bilaterale Beziehungen müssen für Israelis als auch für Palästinenser den Vorrang vor der Gewalt haben.

Die doppelte Moral zu beenden, ist eine Voraussetzung für Frieden. Die augenblickliche Sackgasse muss überwunden werden. Alle Parteien müssen die Notwendigkeit und den Nutzen für die Menschen sehen, indem augenblickliche politische Entscheidungen mit langjährigen rechtlichen und unleugbar moralischen Verpflichtungen wieder auf eine Linie gebracht werden. Die kostbare, lebensrettende Gelegenheit ist jetzt.

Das Exekutivkomitee des Weltrats der Kirchen, das sich in Bossey, Schweiz vom 16.-19. Mai 2006 traf,

drängt die internationale Gemeinschaft, den Kontakt mit den rechtlich gewählten Führern des palästinensischen Volkes aufzunehmen, sich für eine Lösung der Differenzen einzusetzen und sie nicht zu isolieren und so das Leiden ihres Volkes zu verschlimmern.

ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, zweiseitige Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe zu unterstützen, als Weg zu gegenseitiger Anerkennung zwischen Israel und Palästina und zur Beseitigung anderer strittiger Hindernisse zum Frieden, wie sie in der Reihe von UN-Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und der UN-Vollversammlung festgelegt sind.

empfiehlt, dass im Interesse gleicher Behandlung - als neue Grundlage für den Frieden - beide Parteien mit gleichem Maßstab gemessen werden, um Gewaltaktionen zu beenden, ihre bestehenden Abkommen gegenseitig zur Kenntnis zu nehmen und die Existenz des anderen in den Grenzen von 1967 anzuerkennen

besteht darauf, dass alle Vertragsparteien der Vierten Genfer Konvention (einschließlich Israels, der USA, der EU, Russlands und der Schweiz) das Wohlbefinden der besetzten Bevölkerung sichern. Dringende Aktionen schließen die Beendigung der Strafmaßnahmen ein, die dem palästinensischen Volk durch Verletzung der 4. Genfer Konvention auferlegt wurden, auch das Verbot der kollektiven Strafe, einschließlich der Reisebeschränkungen, die nach den demokratischen Wahlen vor kurzem eingeführt wurden. Er fordert die Besatzungsmacht auf, ihre Verantwortung für das Wohlbefinden der Bevölkerung in allen von ihr kontrollierten Gebieten, einschließlich des Gazastreifens, wahrzunehmen.

erinnert die UN und seine Mitgliederstaaten an die UN-Verantwortung, Jerusalem zu einer offenen und inklusiven Stadt für beide Völker und alle drei Religionen zu machen, mit geteilter Herrschaft und Staatsangehörigkeit.

ermutigt die Regierung von Israel, seine Sicherheit auf Frieden mit all seinen Nachbarn zu gründen, einschließlich gerechter Verhandlungen über endgültige Grenzen mit diesen Nachbarn d.h. eine einseitige Festlegung von Grenzen zu diesen Nachbarn auszuschließen.

ermutigt die palästinensische Behörde, alle Parteien des politischen Spektrums in den Prozess der Demokratisierung und der gewaltfreien Konfliktlösung einzuschließen, die demokratischen Rechte ihres Volkes vor externem Druck als legitime Rechte unter internationalem Recht zu schützen, die bestehende Waffenruhe der einen Partei gegenüber Israel auf alle Parteien auszudehnen und zu demonstrieren, dass alle Formen von Gewalt und Angriffen jenseits der 1967-Grenze gegen unschuldige Zivilisten auf jeder Seite gestoppt werden müssen.

ruft alle Mitgliedskirchen und den WCC dazu auf, mit den Völkern auf beiden Seiten des Konfliktes solidarisch und Zeugen für den Frieden zu sein:

Befürwortet die oben angedeuteten Maßnahmen, indem ihr die Sorge der weltweiten Kirche über den israelisch-palästinensischen Konflikt, die Konsequenzen des Konfliktes auf andere Regionen und die immer dringendere Notwendigkeit von abhelfenden Aktionen durch die verantwortlichen Behörden reflektiert; auch die Anwendung legitimer Formen des Druckes auf Israel, um einen gerechten Frieden zu erlangen und die unrechtmäßigen Aktivitäten von Israelis und Palästinensern zu beenden.

Findet konstruktive Wege aus den erfahrenen Bedrohungen des jüdischen Volkes, einschließlich des Wesens, der Verbreitung und der Folge von Rassismus im lokalen, nationalen und internationalen Kontext.

Beachtet Hilferufe aus den Kirchen Jerusalems in dieser Zeit schwerer Prüfungen, steht ihnen in ihrem Dienst in der Gesellschaft bei, unterstützt die kirchlichen Hilfswerke der Kirchen im Nahen Osten, gibt Kirchen anderswo Berichte über den Konflikt, die Region und den Weg des Friedens; betet für den Frieden.

Schickt Kirchenmitglieder nach Israel und Palästina als Teil der ökumenischen Begleiter-Programme in Palästina und Israel bis die Besatzung endet.

Engagiert euch im Dialog mit Kirchen, die Verbindung zu den Ereignissen im Nahen Osten haben. Solch ein Dialog würde konkrete politische Perspektiven über Gerechtigkeit legitimieren und konkretisieren und den Einfluss solcher Verbindungen auf die Präsenz und das Zeugnis der christlichen Kirchen der Region mit einschließen, auch Diskussionen über das Wesen des christlichen Zeugnisses für Frieden im Nahen Osten .

Wirkt dahin, dass die Sicherheit für alle Völker in der Region vergrößert wird in Übereinstimmung mit der WCC Neunten Versamlungsminute (?), indem man die entsprechenden Regierungen dahin drängt, die Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen Osten, einschließlich Israels und des Irans zu unterstützen.

(dt. Ellen Rohlf)